

PRESSEMITTEILUNG

Sonneberg, 14. November 2012

Problem Deponie vom Tisch

Seit vielen Jahren bereitet den Verantwortlichen in Schalkau die Problematik der Sanierung der ehemalige Hausmülldeponie in Ehnes Kopfzerbrechen. Dank des unnachgiebigen Einsatzes der Bürgermeisterin Ute Hopf und der Wahlkreisabgeordneten Beate Meißner in Zusammenarbeit mit dem Thüringer Landesverwaltungsamt konnte dieses nun jüngst entschärft werden.

Die südöstlich der Ortschaft Ehnes gelegene Tongrube einer ehemaligen Ziegelei wurde seit 1977 als Hausmülldeponie verfüllt. 1991 stillgelegt, hatte das zuständige Landesverwaltungsamt wie in vielen anderen Fällen 1996 auch Schalkau gegenüber die Sanierung der Deponie verfügt. Dagegen legte die Stadt zweimal Widerspruch ein, was vom Landesverwaltungsamt zurückgewiesen wurde. Nachdem die Stadt auch vor Gericht scheiterte, wurde eine Planung in Auftrag gegeben, deren Konzept seit 2006 vorliegt.

Die Sanierung und Rekultivierung stillgelegter Deponiestandorte aus DDR-Zeiten ist aus Umwelt- und Naturschutzfachlicher Sicht unausweichlich, so dass eine letzte Frist Ende 2012 auslief. Allerdings verlängerte das Landesverwaltungsamt auf Antrag der Stadt Schalkau die Sanierungspflicht letztmalig bis 31. Dezember 2014. Damit war klar, dass Schalkau in den nächsten Jahren einen Betrag in Höhe von knapp einer Million Euro hätte aufbringen müssen, um der Sanierungsverpflichtung nachzukommen.

"Ich weiß nicht, wie eine kleine Stadt wie Schalkau das hätte stemmen können. Zumal dies keinen Handlungsspielraum und das finanzielle Aus für andere städtische Investitionen und Projekte bedeutet hätte", so die Bürgermeisterin Ute Hopf. Daher wandte sie sich schon als Beigeordnete in der Vertretung des Bürgermeisters händeringend an die zuständige Landtagsabgeordnete Beate Meißner und traf dort auf offene Ohren. "Aufgrund der drohenden Finanzierungsproblematik, habe ich zunächst geprüft, welche Förderungsmöglichkeiten es auf Landes-, Bundes- und Europaebene für solche Projekte geben könnte. Leider ohne positives Ergebnis, so dass ich mich nach einem Vor-Ort-Termin in Schalkau mit dem Thüringer Minister für Landwirtschaft, Forsten und Umwelt, Jürgen Reinholz, direkt an das Landesverwaltungsamt in Weimar gewandt habe."

Was dann folgte waren zahlreiche Gespräche aller Verantwortlichen im Thüringer Landtag, in Weimar und Schalkau, deren Ergebnis nun für Erleichterung sorgt. Die bis 1991 betriebene Deponie muss auch weiterhin abschließend rekultiviert und in das bestehende Landschaftsbild integriert werden. Das vorliegende Rekultivierungskonzept sah hierfür ein aufwändiges Abdichtungssystem mit anschließender Begrünung sowie den Bau eines Entwässerungssystems vor. Nunmehr ist es aber gelungen, gemeinsam mit dem TLVwA einen Lösungsweg zur Minimierung des Umfangs der notwendigen Rekultivierungsarbeiten zu finden. Aktuell vorliegende Untersuchungsergebnisse belegen, dass von der Deponie keine

Beeinträchtigung mehr ausgeht und daher die angeordneten umfangreichen Rekultivierungsmaßnahmen nicht mehr in diesem Ausmaß erforderlich sind. Stattdessen ist nun vorgesehen, die Deponie von oberflächlich sichtbarem Abfall zu beräumen und im Wesentlichen eine Anpassung an das Landschaftsbild vorzunehmen. Nach den hierfür erforderlichen Arbeiten soll die Deponie einer natürlichen Sukzession überlassen werden. Die Arbeiten zum Abschluss der Deponie können voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres durchgeführt und die Deponie Ehenes in die Nachsorgephase mit regelmäßigen Kontrollbegehungen entlassen werden.

"Mir fällt damit wirklich ein Stein vom Herzen. Nach so vielen Jahren sehe ich in Sachen Deponie nun endlich Licht am Ende des Tunnels", so Ute Hopf am Rande des letzten Gesprächstermins am 13.11. in Erfurt. Ihr ausdrücklicher Dank gilt der Landtagsabgeordneten, die nicht nachgab und Wege suchte, eine Lösung zu finden und den städtischen Haushalt zu entlasten.

"Auch ich freue mich über das Ergebnis meiner Bemühungen. Solche Erfolge meiner Arbeit tun wirklich gut. Aber ohne die konstruktive Zusammenarbeit mit den zuständigen Personen im Landesverwaltungsamt wäre uns dies nicht gelungen", so Beate Meißner abschließend.